



# SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2018

# Beschlüsse

## Beschlussübersicht

Kap.	Nr.		Antragsteller
I	1	Es reicht! Herz statt Hetze – kein Fußbreit den Faschist*innen!	Bezirksvorstand
PE	1	Inhaltliche Erneuerung der Partei	UB Kassel-Stadt
PE	3	Unterschied zur Union in Koalition verdeutlichen	UB Waldeck-Fkb.
LR	1	Ländlichen Raum nicht drastisch benachteiligen	UB Hersf.-Rotenb.
LR	2	Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum	AG 60 plus
V	1	Landesstraßennetz bedarf der dringenden Sanierung!	UB Hersf.-Rotenb.
V	2	Erhalt der Anschlussstelle Kassel-Ost	UB Kassel-Stadt
V	3	PKW-Maut	UB Hersf.-Rotenb.
V	4	Maut für Fernverkehrslinienbusse	UB Hersf.-Rotenb.
V	5	Nachrüstung von Dieselfahrzeugen auf Kosten der Autoindustrie	AG 60 plus
V	6	Keine Beteiligung von privaten Investoren am Bau und Betrieb von Autobahnen und Fernstraßen	AG 60 plus
IR	1	Behördengänge digital erledigen	Jusos
IR	2	Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	UB Kassel-Land
IR	3	CDU für Straßenbeitragschaos verantwortlich.	UB Hersf.-Rotenb.
IR	4	Feststellung des Katastrophenfalles	UB Waldeck-Fkb.
IR	5	Gegen die Zentralisierung von Leitstellen	UB Waldeck-Fkb.
IR	6	Unisextoiletten im ganzen Landesgebiet	AG SPDqueer
IR	8	Änderung des Artikel 39 Grundgesetz	UB Kassel-Land
IR	9	Reform der parlamentarischen Kontrollkommission	ASJ
IR	10	Konnexitätsprinzip auch für die Bundesebene	UB Hersf.-Rotenb.
IR	12	Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler	UB Kassel-Stadt
IR	13	Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreiskontrolle	Jusos
IR	14	Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität	Jusos
IR	16	Werbeverbot für Tabakaußenwerbung	AG60 plus
SG	3	Versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	AG 60 plus.
SG	5	Finanzsituation der Krankenhäuser	UB Kassel-Stadt
SG	7	Beseitigung von Mangelernährung in der onkologischen Versorgung	ASG
SG	8	Stärkung der häuslichen Therapie	ASG
WBA	2	Staatliche Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen	UB Kassel-Stadt
WBA	3	Fachkräftemangel?! Arbeitsbedingungen verbessern!	Jusos
WBA	4	Mindestlohn auch in Werkstätten für behinderte Menschen	UB Waldeck-Fkb.
WBA	5	Allen in Deutschland lebenden Menschen Arbeit erlauben	UB Waldeck-Fkb.
WBA	6	Ausbildung von Nachwuchskräften für die Agrarverwaltung	UB Waldeck-Fkb.
JBK	2	Multimedia-Kompetenz von Lehrkräften stärken	Jusos
JBK	3	Finanzbildung für alle	Jusos
JBK	4	Schulbücher mit zeitgemäßen Strukturen	AG SPDqueer

EnU	1	Umstellung Landwirtschaftssubvention durch die EU auf Punktesystem	UB Waldeck-Fkb.
EnU	5	Saatgut ist Kulturgut –überlebensnotwendiges Erbe in Gefahr	Jusos
EnU	8	Gewässerschutz	OV Philipp./Warteb.
EnU	9	Mikroplastik	Jusos
EnU	10	Plastikmüll	OV Philipp./Warteb.
EnU	12	Nein zum staatlichen Tierwohllabel	UB Kassel-Stadt
EnU	13	Keine (Wild)tiere im Zirkus	UB Kassel-Stadt Jusos

St	1	Reform der Umsatzsteuer	AG 60 plus
St	2	Reform der Kapitalertragssteuer	AG 60 plus

O	1	Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD-Landesvorstand	UB Fulda
O	2	Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD-Parteivorstand	UB Fulda
O	4	Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen	UB Kassel-Stadt
O	5	Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis	Jusos
O	6	Beschlüsse ernstnehmen	UB Kassel-Stadt

### Kapitel-Abkürzungen

I	Initiativantrag
PE	Parteierneuerung
LR	Ländlicher Raum
V	Verkehrspolitik
IR	Innen- und Rechtspolitik
SG	Soziales und Gesundheit
WBA	Wirtschaft, Beschäftigung und Ausbildung
JBK	Jugend, Bildung, Kultur
EnU	Energie und Umwelt
St	Steuerpolitik
O	Organisationspolitik

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 12

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPE-Fraktion im Europäischen Parlament,  
SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag,

Betr.: Nein zum staatlichen Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann  
sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1  
2 Wir fordern:
- 3 • Keinen Cent und keine Bewerbung eines Tierwohllabels
  - 4 • Die Umstellung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit
  - 5 • Die Steuerprivilegierung von Fleisch endlich abzuschaffen
- 6  
7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 Die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels wurde vom Landwirtschaftsminister Christian  
11 Schmidt ver stolpert. Es begann damit, dass der Minister auf der Grünen Woche 2017 statt eines  
12 irgendwie ausformulierten Konzeptes lediglich das Logo für das neue Label vorstellte. Wir  
13 Sozialdemokrat\*innen haben diese merkwürdige Präsentation zurecht kritisiert. Unsere Kritik  
14 am Tierwohllabel sollte aber wesentlich grundsätzlicher sein. Nicht nur setzt dieses auf der  
15 fragwürdigen privatwirtschaftlichen „Initiative Tierwohl“ auf, auch hat sich selbst der eher  
16 konservative Tierschutzbund von dem Label distanziert. Wir Sozialdemokrat\*innen müssen nun  
17 aufpassen. So problematisierte etwa die Verbraucher\*innenschutzorganisation Foodwatch: „Der  
18 Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet für das freiwillige  
19 Tierwohl-Label einen Marktanteil von vielleicht 20 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die  
20 Bundesregierung duldet für 80 Prozent der Nutztiere weiterhin vermeidbare Krankheiten,  
21 Schmerzen und Leiden! Ein freiwilliges Label ist der grundfalsche Ansatz, weil es für Millionen  
22 von Tieren keinerlei Verbesserungen bringen wird und uns weiter weg bringt von der dringend  
23 gebotenen Lösung für 100 Prozent der Nutztiere.“ Hüten müssen wir uns auch vor sogenannten  
24 Rebound-Effekten. Wenn viele Konsument\*innen glauben die minimalen Verbesserungen  
25 machen den Tierkonsum unproblematischer und öfter zu Tierprodukten greifen kann sich  
26 Gesamtleidenssumme unterm Strich sogar vergrößern. Ein viel plausiblerer Tierschutz- und  
27 auch Klimaschutzansatz wäre hingegen auf eine verringerte Tierproduktion und einen  
28 verringerten Tierkonsum zu setzen. Dafür müssten die Gemeinsame Agrarpolitik der  
29 Europäischen Union entsprechend umgestellt werden. Außerdem müsste der ermäßigte  
30 Mehrwertsteuersatz des nicht meritokratischen Gutes Fleisch fallen. Durch eine sozialpolitische  
31 Flankierung könnte dies für viele Menschen kostenneutral geschehen. Die Abschaffung dieses  
32 Steuerprivilegs würde dafür sorgen, dass der Fleischkonsum um ca. 5% sinkt, umgerechnet in  
33 Schweineäquivalenten wären das ca. drei Millionen Tiere.
- 34  
35